



**EUROPA-UNION
BAYERN e. V.**

Resolution der Landesversammlung der Europa-Union Bayern und der Jungen Europäischen Föderalisten Bayern 2018:

Europa voranbringen!

Die Länder Europas haben seit dem Zweiten Weltkrieg auf eine einzigartige Weise zusammengefunden. Heute steht die Europäische Union sinnbildlich für Menschenrechte, Freiheit, Demokratie und Wohlstand und ist weit über die Grenzen Europas hinaus Vorbild, Verbündeter und Partner.

Genau dieses Fundament gilt es zu bewahren und voranzubringen, denn Europa steht heute vor großen Herausforderungen. Europafeindliche und populistische Bewegungen sind im Aufwind, in manchen Mitgliedstaaten werden grundsätzliche rechtsstaatliche Prinzipien in Frage gestellt, der Streit um den richtigen Ansatz in der Flüchtlingspolitik entzweit die Mitgliedstaaten der EU und der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wirft fundamentale Fragen zur Zukunft des politischen Projekts Europa auf. Will die Europäische Union ihre Existenz sichern und Politik gestalten, muss sie sich diesen Herausforderungen stellen.

Die Europa-Union Bayern und die Jungen Europäischen Föderalisten Bayern fordern die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen deshalb dazu auf, diese Herausforderungen mutig anzugehen.

Flüchtlingspolitik:

Die Flüchtlingskrise hat zu erheblichen Konflikten zwischen den Mitgliedstaaten geführt. Als Europäische Union brauchen wir aber einen ganzheitlichen Ansatz in der Flüchtlingspolitik: Wir müssen unsere humanitäre Verpflichtung, tatsächlich Asylberechtigten Schutz zu gewähren, erfüllen. Dabei muss jeder EU-Mitgliedstaat zu einer fairen Lastenverteilung beitragen. Die bisher noch ungenügend harmonisierte Durchführung von Asylverfahren in den Mitgliedsstaaten muss dringend vereinheitlicht werden. Eine Europäische Asylbehörde muss zudem für die Durchführung verantwortlich sein. Zu einer funktionierenden Flüchtlingspolitik gehört auch, dass wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten und Fluchtursachen bekämpfen. Dies beinhaltet zudem die kritische Überprüfung von Handelspraktiken hinsichtlich einer nicht intendierten Verschärfung von Fluchtursachen in Migrationsursprungsländern sowie eine gemeinsame Positionierung in außenpolitischen Fragen und eine Koordinierung der europäischen Entwicklungshilfe.

Die Flüchtlingskrise hat das Vertrauen in ein Europa ohne Grenzen beeinträchtigt. Damit die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen in ein Europa ohne Binnengrenzen haben, braucht die EU einen wirksamen Außengrenzschutz. Deshalb fordern die Europa-Union Bayern und die Jungen Europäischen Föderalisten Bayern den Ausbau der Europäischen Grenz- und Küstenwache Frontex zu einem leistungsstarken europäischen Grenzschutz. Dies ist zur Wahrung eines Europas der offenen Binnengrenzen unabdingbar. Zusätzlich sollten Wege legaler Migration geschaffen werden.

Rechtsstaatlichkeit:

Die EU muss ihre demokratischen Grundrechte verteidigen. Besondere Beachtung gilt der Sicherung der Presse- und Meinungsfreiheit innerhalb der EU – die Journalistenmorde in Malta und der Slowakei sind nicht hinnehmbar. In einigen Ländern Mittelosteuropas ist darüber hinaus eine Schwächung rechtsstaatlicher Strukturen zu beobachten. Die Europäische Union muss ein klares Signal für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Deswegen darf es finanzielle Zuwendungen der Europäischen Union nur dann geben, wenn die Einhaltung europäischer Spielregeln in dem betreffenden Mitgliedstaat gewährleistet ist. Deshalb fordern wir, dass die Strukturfondsverordnungen in der nächsten Finanzförderungsperiode die Einhaltung der rechtsstaatlichen Grundprinzipien als Voraussetzung für die Auszahlung von EU-Geldern beinhalten.

Wirtschafts- und Währungsunion:

Die Finanzkrise hat den europäischen Wirtschaftsraum ins Wanken gebracht. Zwar hat sich die Lage in den Mitgliedstaaten der EU spürbar stabilisiert, dennoch sind die Folgen der Krise insbesondere in den südlichen Mitgliedstaaten nicht überwunden, was sich etwa in der beträchtlichen Jugendarbeitslosigkeit widerspiegelt. Aus diesen Gründen müssen wir die Weichen stellen, dass sich eine Krise wie in 2008/2009 nicht wiederholt.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat erste wichtige Impulse für die Reform der Wirtschafts- und Währungsunion gegeben. Die Europäische Kommission hat die Diskussion mit einer Reihe von konkreten Vorschlägen zur Änderung des institutionellen Rahmens der Wirtschafts- und Währungsunion aufgegriffen. Wir brauchen einen Krisenmechanismus, der die Balance zwischen Eigenverantwortung und Solidarität wahrt: Dazu gehört die Einführung eines Europäischen Währungsfonds, der einer demokratischen und rechtsstaatlichen Kontrolle unterworfen ist und in den die Instrumente der Euro-Rettung wie der ESM überführt werden. Ein Europäischer Finanzminister, der die Funktionen des jetzigen Kommissars für Wirtschafts- und Währungsfragen, des Euro-Gruppenchefs und des ECOFIN-Vorsitzenden vereint, soll eine kohärente Finanzpolitik und eine stärker koordinierte Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten sicherstellen.

Zu einem funktionierenden europäischen Wirtschaftsraum gehört auch eine faire Besteuerung. Steuern müssen dort gezahlt werden, wo Gewinne erwirtschaftet werden. Dies gilt sowohl für die Digitalwirtschaft (insbesondere für Internetkonzerne) als auch für den Finanzsektor. Dieser sollte mittels einer Finanztransaktionssteuer, die in allen Mitgliedstaaten erhoben wird und direkt ins EU-Budget fließt, zu einer faireren Wirtschaft beitragen.

Außen- und Sicherheitspolitik:

Auf dem internationalen Parkett steht die EU vor zahlreichen Herausforderungen: Die Verhandlungen über den Austritt des Vereinigten Königreichs gehen nur langsam voran. Das Vereinigte Königreich muss konstruktiv klarstellen, wie es sich das zukünftige Verhältnis zur EU vorstellt. Klar ist, dass die europäischen Bürgerrechte und die Integrität des Binnenmarktes dabei nicht verhandelbar sind.

Wir leben in einer Zeit, in der sich die Union nicht mehr auf bewährte Partner wie die Vereinigten Staaten verlassen kann. Umso wichtiger ist es, dass die Europäische Union lernt, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik auf eigenen Beinen zu stehen. Statt nationaler Alleingänge brauchen wir eine Weiterführung der bisherigen Integrationsbemühungen hin zu einer

gemeinsamen Position, die ein koordiniertes Vorgehen ermöglicht. Deswegen sollten die Mitgliedstaaten möglichst schnell beschließen, außenpolitische Positionen mit qualifizierter Mehrheit festzulegen.

Die politische Union muss deshalb durch eine Verteidigungsunion ergänzt werden. Eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik fördert sowohl den Zusammenhalt der Mitgliedstaaten als auch Stabilität und Frieden in der Welt. Die von den Mitgliedstaaten vereinbarte ständige strukturierte Zusammenarbeit ist ein erster Schritt zu einer besseren Koordination der nationalen Verteidigungspolitiken, die langfristig in einer vollständigen Integration der europäischen Streitkräfte münden muss.

Klima- und Umweltpolitik:

Die Erwärmung des weltweiten Klimas und die andauernde Verschmutzung der Umwelt stellen eine Bedrohung für die Menschheit dar, deren Auswirkungen Ressourcenknappheit, große Migrationsbewegungen und erhöhte gesundheitliche Risiken sein werden. Nachdem die Vereinigten Staaten von Amerika aus dem Pariser Klimaabkommen ausgeschieden sind, trägt die EU eine besondere Verantwortung, die vereinbarten Ziele zu erreichen und mit wegweisenden Schritten in den Bereichen Energie-, Umwelt- und Verkehrspolitik voranzugehen. An dieser Stelle ist etwa die Plastikstrategie der EU als positiver Ansatz zu erwähnen, der weiter verfolgt werden und in anderen Politikbereichen Nachahmer finden sollte.

Europa steht vor großen Herausforderungen, die es nur als Gemeinschaft bewältigen kann. Die heute getroffenen Entscheidungen werden die Zukunft der Europäischen Union bestimmen: Wollen wir die EU zu einem handlungsfähigen Akteur auf der weltpolitischen Bühne machen, müssen die Verantwortlichen auf allen politischen Ebenen mutige Entscheidungen treffen. Lasst uns gemeinsam Europa voranbringen!

Gemeinsam beschlossen am 30. Juni 2018 in Augsburg von den Delegierten der 67. Landesversammlung der Europa-Union Bayern e.V. und den Delegierten der Jahreshauptversammlung 2018 der Jungen Europäischen Föderalisten Bayern e.V.